

7. Bericht des Vorsitzenden der Landtags- fraktion Karl Josef Denzer



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich glaube, wir spüren alle, daß dieser Landesparteitag kein normaler Arbeitsparteitag ist. Der Machtwechsel in Bonn am 1. Oktober vergangenen Jahres und das Ergebnis der Bundestagswahl vom 6. März haben die politische Landschaft für uns Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen schlagartig verändert.

Neben der Lösung drängender wirtschafts- und finanzpolitischer Probleme gilt es, dem erschreckenden Rückgang der SPD in der Gunst des Wählers von Nordrhein-Westfalen aus wirksam gegenzusteuern. Hierzu ist eine kritische

Standortbestimmung der SPD in Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung des am 6. März erkennbar gewordenen Wählerwillens notwendig. Jetzt müssen die politischen Weichen für die überschaubare Zukunft gestellt werden.

Unser kurzfristiges Ziel steht dabei außer Frage: wir werden um die Erhaltung der Regierungsverantwortung unter der Führung von Johannes Rau über das Jahr 1985 hinaus kämpfen! Mittelfristig müssen wir durch eine überzeugende Regierungsleistung eine konstruktive Unterstützung der SPD-Opposition in Bonn unseren Beitrag zur Wiedergewinnung der Macht im Bund leisten. Für den Rest der Wahlperiode wird nordrhein-westfälische Landespolitik Repräsentativfunktion für die SPD insgesamt über unsere Landesgrenzen hinaus haben.

Das kann aber nicht bedeuten, Genossinnen und Genossen - und hier bitte ich genau zuzuhören -, daß wir die "Ausputzerrolle" für die Grausamkeiten der Bundesregierung übernehmen. Wir dürfen uns nicht zum Reparaturbetrieb degradieren lassen und sozusagen als "Rot-Kreuz-Station" das heilen, was die Konservativen in Bonn durch ihre Streich- und Steuerpolitik anrichten.

Wir wollen keine "Sonthofen-Strategie", aber wir können auch nicht verhindern, daß die Leute merken und am eigenen Leibe spüren, was die Mehrheit am 6. März gewählt hat!

Vor diesem Hintergrund ist dieser Parteitag aus der Sicht der Landtagsfrak-

tion überaus wichtig. Die Fraktion braucht den gedanklichen Anstoß durch die Partei. Die Partei muß vordenken, kritisieren, anregen! Dies ist nicht nur ihr gutes Recht, dies ist ihre eigentliche Aufgabe. Die Partei muß aber auch Verständnis für diejenigen haben, die als Sozialdemokraten in Regierung und Parlament Verantwortung tragen. Um dieses Verständnis werbe ich für die Landtagsfraktion um so mehr, weil ich weiß, wie groß die Hoffnungen und Erwartungen waren, die 1980 mit der absoluten Mehrheit der SPD im Landtag verbunden worden sind. Ein zu Kompromissen nötiger Koalitionspartner störte nicht mehr, der Durchsetzung unverfälschter sozialdemokratischer Politik schien nichts im Wege zu stehen.

Nun, nach drei Jahren absoluter Mehrheit wird sicherlich so mancher unsere Arbeit mit kritischen Anmerkungen versehen.

Es sind meistens die Ungeduldigen unter uns, die vor dem drängenden Wunsch nach Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten und erkannter Mißstände in unserer Gesellschaft den Blick für das Machbare verlieren.

Schlagworte wie

- Kürzungspolitik
- Kaputtsparen
- Totengräber der Jugendpolitik

waren Kommentare, die allzuoft aus den Reihen der eigenen Genossen zu vernehmen waren. Da wurden voreilig Sozialdemokraten eingeteilt in gute und schlechte. Die guten, das waren die, die Ausweitung wollten, im Bildungsbereich, bei den Sozialausgaben, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in der Kulturpolitik, bei den Zuweisungen an die Gemeinden, im Wohnungsbau, im Umweltschutz usw. Die schlechten Sozialdemokraten waren die, die auf das leere Staatsportemonnaie hinwiesen und ihre Mitwirkung bei einer zu starken Ausgabenausweitung verweigerten.

Es ist das bittere Los der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie, daß sie ausgerechnet in einer Zeit wirtschaftlicher Umorientierung vom Wähler mit absoluter Mehrheit ausgestattet worden ist. Der Abschied von den Zuwächsen der 50er und 60er Jahre fällt uns Sozialdemokraten naturgemäß schwerer als denen, die mit liberalistisch-konservativem Staatsverständnis Politik betreiben! Wie haben wir auf diese Herausforderung reagiert? Wir haben frühzeitig den An-

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG



passungsprozeß an veränderte Rahmendaten eingeleitet. Durch eine Politik strenger Ausgabendisziplin und eine gleichzeitige, starke Ausweitung der Kreditaufnahme haben wir versucht, ausbleibende Steuereinnahmen zu verkräften. Dabei haben wir aus der Erfahrung früherer Jahre darauf gehofft, daß irgendwann Wirtschaftswachstum und damit kräftig steigende Steuereinnahmen Haushaltsprobleme von selbst lösen würden.

Die Realität sieht leider völlig anders aus:

- eine weltweite, lang anhaltende Wirtschaftsschwäche mit sinkenden Steuern,
- Steuersenkungsprogramme, noch dazu für die Falschen,
- die weltweite Anwendung konservativer Rezepte in der Wirtschaftspolitik mit einer Vermögensumverteilung von unten nach oben

haben unsere Haushaltsprobleme zunehmend verschärft.

Steigende Einnahmen des Landes sind nicht zu erwarten, ein zusätzlicher Kreditspielraum besteht nicht mehr! Das müssen endlich auch diejenigen zur Kenntnis nehmen, die bei Finanzierungsproblemen auch heute noch auf das scheinbare Patentrezept einer verstärkten Kreditaufnahme hinweisen. Ich sage hier ganz deutlich: Auch noch so stramme Parteitagebeschlüsse können kein Geld ersetzen!

Landesregierung und Landtagsfraktion haben erkannt, daß das Ende der Fahnenstange längst erreicht ist. In der Erkenntnis, daß Politik als Kunst des Möglichen beschrieben wird, haben wir unsere kurz- und mittelfristigen politischen Ziele neu formuliert. Jeder von uns weiß, daß Politik sich nicht irgendwann vollendet. Politik ist vielmehr das ständige Ringen um die Lösung von

Problemen in unserer Gesellschaft, wobei in der sogenannten Tagespolitik aktuelle Rahmenbedingungen nicht ignoriert werden können. Heinz Kühn hat in seiner Regierungserklärung im Jahre 1975 unter dem Eindruck der Auswirkungen der ersten Ölpreisexplosion erklärt: "Es gibt Zeiten, in denen die Bewahrung des Erreichten das Maximum des Erreichbaren ist." Er ist damals wegen dieser Aussage heftig kritisiert worden. Heute wären viele seiner damaligen Kritiker froh, wenn das in vielen Politikbereichen Erreichte gehalten werden könnte. Ich meine, daß der Satz von Heinz Kühn sogar abgewandelt werden muß: Unter bestimmten Konstellationen kann zum aktuellen politischen Ziel durchaus das werden, was hinter das bereits früher Erreichte zurücktritt.

Trotz aller Anpassungszwänge ist in Nordrhein-Westfalen keine Politik blinder Ausgabenkürzung betrieben worden. Wir haben stets unsere sozialdemokratische Verantwortung wahrgenommen. Wir haben das Gebot der sozialen Ausgewogenheit bei notwendigen Einschränkungen staatlicher Leistungen beachtet und Prioritäten gesetzt.

Dies wird deutlich, wenn man ausgewählte Ausgabenpositionen im Landeshaushalt in den ersten vier Haushaltsjahren dieser Legislaturperiode den letzten vier Haushaltsjahren der letzten Legislaturperiode gegenüberstellt:

Einer Steigerung der Gesamtausgaben um 33 % in den Jahren 1980 bis 1983 gegenüber dem Zeitraum 1976 bis 1979 stehen in für Sozialdemokraten wichtigen Bereichen folgende Ausgabensteigerungen gegenüber:

Landesjugendplan + 36 %, Weiterbildung + 37 %, Kindergärten + 30 %, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit + 79 %, Umweltschutz + 210 %, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen + 722 %.

Diese nüchternen Zahlenvergleiche sind ein Beleg dafür, wo wir Prioritäten gesetzt haben. Sie sind auch ein Beleg dafür, wie wichtig es auch in Zeiten angespannter Haushaltslage ist, daß Sozialdemokraten die Richtlinien der Landespolitik bestimmen! Das Maximum des Erreichbaren wird heute leider durch unsere spezifische Haushaltsstruktur bestimmt. Sie ist gekennzeichnet durch eine viel zu niedrige Steuerfinanzierungsquote, eine zu hohe Kreditfinanzierung und eine daraus folgende unerträgliche Zinsbelastung.

Zwei Zahlenvergleiche sollen dies ver-

deutlichen: Die Zinsausgaben dieser Legislaturperiode - also die Zinsausgaben der Haushaltsjahre 1980 bis 1983 - weisen gegenüber dem Vierjahreszeitraum 1976 bis 1979 eine Steigerungsrate von 188 % aus! Die Steuereinnahmen sind dagegen lediglich um 19,5 % gestiegen. Dieses Mißverhältnis gilt es zu beseitigen. Damit sich jeder hier einmal plastisch vorstellen kann, wie groß die Zinsbelastung des Landes ist:

Wenn man so reich wäre, daß man jeden Tag 1.000 DM ausgeben könnte, dann müßte man 15.000 Jahre leben, um das Geld auszugeben, was das Land allein in diesem Haushaltsjahr an Zinsen aufbringen muß!

Nun ist wohl jedem klar, daß zu den von uns zu lösenden landespolitischen Fragen auch die mittelfristige Konsolidierung unseres Landeshaushaltes gehört. Ich glaube, spätestens seit dem Wahlsieg der Konservativen ist jedem von uns bewußt, daß die Kompetenz zur Lösung haushaltswirtschaftlicher Probleme auch für viele unserer Traditionswähler ein entscheidendes Kriterium bei der Beurteilung politischer Parteien ist.

Wir müssen und wir werden uns dieser Prüfung stellen, und ich bin davon überzeugt, daß wir die innere Kraft besitzen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Das politische Geschäft in Nordrhein-Westfalen ist zur Zeit nicht leicht. Unsere Arbeit ist seit dem 16. Juni auch nicht gerade leichter geworden. Streitigkeiten auf der Führungsebene der Landes-CDU wurden von einem Tag auf den anderen aus den Schlagzeilen der Massenmedien verdrängt. Die SPD war wieder im Gespräch, Umweltfragen haben dabei eine große Rolle gespielt. Umweltpolitik ist ohne Zweifel wichtig. Wir haben sie als große Herausforderung an unsere politische Gestaltungskraft erkannt. Wir wissen aber auch - im Gegensatz zu "Grünen" und ihren Sympathisanten -, daß Umweltpolitik nicht isoliert gesehen werden kann. Für Sozialdemokraten sind Umweltpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik keine gegeneinander abzugrenzenden Politikbereiche. Für uns gibt es nicht die Alternative: Saubere Umwelt oder Arbeitsplätze. Unser Ziel lautet: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Schonung und Pflege von Natur und Umwelt!

Philosophieren hilft hier nicht viel: Wir müssen Mut zu konkreten politischen Schritten aufbringen. Diesen Mut haben wir in einigen Bereichen bewiesen und

für die Bundesrepublik Deutschland beispielhafte Konzepte eingeleitet und umgesetzt:

- Mit dem Grundstücksfonds Ruhr haben wir erstmalig einen konzeptionellen Ansatz für ein wirksames Flächenrecycling im Ballungsraum Ruhr aufgezeigt.
- Dem Verursacherprinzip im Umweltschutz haben wir mit dem Abwasserabgabegesetz und dem Landschaftsgesetz Geltung verschafft. Damit haben wir einen wichtigen Schritt vom konzeptionslosen Kurieren an Symptomen zu einer koordinierten, mit Durchsetzungskraft versehenen Umweltpolitik getan. Mit dem Abwasserabgabegesetz haben wir zweierlei erreicht:

1. Abwassereinleiter werden gezwungen, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie den zusätzlichen Kostendruck durch die Abwasserabgabe durch Änderungen im Produktionsprozeß bzw. Vorreinigung der Abwässer vermindern können und

2. das Gebührenaufkommen, das 1983 mit knapp 100 Mio. DM veranschlagt ist, kann zielgerichtet als Darlehen für notwendige Investitionen im Gewässerschutz eingesetzt werden.

Daneben, das sei nur am Rande erwähnt, sind die staatlichen Mittel für die Investitionsförderung bei Abwasserbeseitigungsanlagen ohnehin enorm: In den Jahren 1980 bis 1982 wurden für diesen Zweck ca. 1,3 Mrd. DM bereitgestellt. Wir haben bewiesen, daß von einem mit absoluter SPD-Mehrheit regierten Bundesland modellhafte Konzeptionen gerade im Umweltschutz ausgehen.

Im übrigen ist es heute unbestritten, daß der sorgsame Umgang mit nicht regenerierbaren Ressourcen und der Schutz der Landschaft nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist. Eine auf Vermeidung von Umweltschäden angelegte Wirtschaftspolitik ist mittel- und langfristig gerade unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erheblich billiger als eine nachträglich notwendige Sanierung. Die ist meistens unzureichend und kann häufig nur unter Aufwendung unverhältnismäßig hoher Mittel geleistet werden. Das Beispiel der Abwasserabgabe zeigt, daß von vernünftiger Umweltschutzpolitik erhebliche Investitionsanreize für die Wirtschaft ausgelöst werden können.

Spricht man von Umweltpolitik in diesem

Land, muß man zwangsläufig auch einige Worte zur Kohlepolitik sagen. Häufig wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, unsere seit Jahren - und zwar mit Unterstützung aller im Landtag vertretenen Parteien - betriebene Kohlevorrangpolitik sei unvereinbar mit einer wirksamen Umweltschutzpolitik. Hier sollte sich niemand verunsichern lassen. Ich sage ganz deutlich: Wir werden an unserer Kohlevorrangpolitik nicht nur im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern im Interesse einer sicheren Energieversorgung der gesamten Bundesrepublik Deutschland festhalten. Hierfür gibt es nicht nur eine Übereinstimmung im Landtag mit der CDU-Opposition, sondern hierfür gibt es auch die Zustimmung des überwiegenden Teils der Bevölkerung unseres Industrielandes. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, die Kohle und ihre Verwendung im Gleichklang mit dem technischen Fort-



schritt genauso umweltverträglich zu machen wie diskutierte andere Energiearten. Gerade unter dem Eindruck von zwei Ölpreisexplosionen und ihren energiepolitischen Auswirkungen müssen wir die Kapazität des heimischen Bergbaus als verlässliche Säule der Energie- und Rohstoffversorgung aufrechterhalten. Unser Bergbau muß auf Dauer in der Lage sein, seinen Beitrag für die gesamte Volkswirtschaft zu leisten. Hierfür sind wir bereit, unsere enormen finanziellen Anstrengungen zur Sicherung der Kohle fortzuführen. In den letzten fünf Jahren waren dies 5,5 Mrd. DM.

Ich wende mich insbesondere an die Bürger außerhalb unseres Landes, wenn ich sage, daß diese erhebliche Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen aus gesamtstaatlichem Interesse für eine nationale energiepolitische Aufgabe - also auch für die Menschen in den anderen Bundesländern - erbracht wird.

In derselben Weise sind wir Sozialdemo-

kraten in Nordrhein-Westfalen bereit, uns auch an den Kosten der notwendig gewordenen Umstrukturierung der Stahlindustrie zu beteiligen. Wir müssen allerdings den Erpressungsversuchen aus Bonn widerstehen, die von uns eine 50 %ige Kostenbeteiligung fordern. Wir müssen - wie bei der Kohle - bei unserem Angebot einer Drittelbeteiligung bleiben!

Wir fordern eine Stahlkonzeption, die nicht von vornherein einzelne Unternehmen zum Tode verurteilt, eine Konzeption, die Beschäftigungsrisiken auf Dauer so gering wie möglich hält und regionalpolitisch ausgewogen ist. Dies sind wir den Arbeitnehmern in der Stahlindustrie unseres Landes schuldig. Sie haben in den letzten Jahren erschreckende Opfer bringen müssen. Von insgesamt 26.000 Stahlarbeitsplätzen, die allein in den Jahren 1980 bis 1982 verlorengegangen sind, entfielen allein 20.000 auf Nordrhein-Westfalen. Es ist ein unmögliches und unzumutbares Verfahren, diesem Land den größten Teil der Opfer an Arbeitsplätzen aufzubürden und gleichzeitig zu fordern, daß es sich an der Hälfte der Kosten für die Umstrukturierung beteiligt.

Ich sage ganz deutlich: Wir werden uns nicht zu Zahlknechten degradieren lassen, sondern darauf bestehen, die Politik mitzugestalten, an der wir uns finanziell in beträchtlichem Umfang beteiligen werden.

Laßt mich zum Abschluß noch etwas zu dem Problem der Arbeitslosigkeit sagen. Welche arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten das Land selbst hat und mit welchen Mitteln es der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, begegnet, ist in unserem Euch schriftlich vorliegenden Bericht eingehend dargestellt. Ich möchte mich daher hier darauf beschränken, nochmals zu versichern, daß die Arbeitsmarktsituation bei allen politischen Entscheidungen von uns berücksichtigt wird. Dabei hat die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für uns selbstverständlich oberste Priorität.

Prioritäten fordern und sie setzen heißt aber auch, Nachrangigkeiten aufzustellen. Heißt, in anderen Bereichen kürzer zu treten und unter Umständen Streichungen hinzunehmen.

Trotz aller Bemühungen sind wir von einer generellen Lösung des Arbeitsmarktproblems weit entfernt. Allein sind wir nicht in der Lage, dieses Problem nachhaltig in den Griff zu bekom-

men. Deshalb müssen in einem gesamtwirtschaftlichen Konsens alle Anstrengungen unternommen werden, damit sich nicht Hoffnungslosigkeit und Resignation unter den jungen Menschen ausbreiten. Wir müssen verhindern, daß der Ausstieg aus unserer Gesellschaft bei Jugendlichen zur Regel wird. Es darf nicht dazu kommen, daß das Vertrauen in unser demokratisches parlamentarisches System bei den Jugendlichen noch mehr ausgehöhlt wird. Dann suchen sie nämlich nach Scheinalternativen und sind anfällig für Extremismus von links und rechts. Das Land mobilisiert sein eigenes Ausbildungspotential bis zur Grenze der finanziellen Möglichkeiten. Wenn die Wirtschaft sich ähnlich verhält und ihre Verantwortung für die Ausbildung der jungen Generation wahrnimmt, kommen wir einer Lösung dieses Problems einen gewaltigen Schritt näher.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme haben wir Sozialdemokraten keinen Anlaß, zu verzagen oder mit Angst in die Zukunft zu sehen. Eine starke und in sich geschlossene Partei kann auch einmal Rückschläge verkraften. Breite Schichten unseres Volkes setzen ihre Hoffnung auf uns Sozialdemokraten. Wir werden uns anstrengen und sie nicht enttäuschen.

Die SPD-Landtagsfraktion, die in dieser schwierigen Legislaturperiode ein beispielhaftes Bild der Geschlossenheit geboten hat und nur so in der Lage war, die notwendigen schwierigen Entscheidungen zu treffen, wird ihren Beitrag weiterhin leisten. Ich möchte mich ausdrücklich vor diesem Landesparteitag bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die Einsicht in Notwendigkeiten und für eine Solidarität, die heute nicht mehr überall selbstverständlich ist, bedanken.

8. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Bodo Hombach



Zu dem von Bodo Hombach vorgelegten Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes wurde keine mündliche Ergänzung gewünscht.

Bericht des Landesgeschäftsführers

Liebe Genossinnen und Genossen,

meine Arbeit als Landesgeschäftsführer begann mit der Legislaturperiode des Landesvorstandes, der mich zum Nachfolger von Rainer Maedge, dessen Stellvertreter ich nach langjähriger, verschiedener hauptamtlicher Tätigkeiten im DGB-Bereich war, wählte. In die Zeit

der Tätigkeit Rainer Maedges waren wichtige konsolidierende Maßnahmen gefallen, die er für den Landesverband einleitete. Damit wurden die Voraussetzungen in der Organisation geschaffen, auf die der neue Landesgeschäftsführer und die Kolleginnen und Kollegen im Landesbüro aufbauen konnten. Mit der langfristig angelegten Arbeit, neuen Entwicklungen und Ausblicken auf Planungen hat sich daher dieser erste Beitrag von mir zu einem Organisationsbericht für einen Landesparteitag zu befassen.

Die Legislaturperiode des Landesvorstandes ist nun zwar zu Ende, aber für die Arbeit von Landesregierung und Landtagsfraktion war erst kürzlich die zeitliche Mitte des politischen Auftrags erreicht. So ist auch dieser Bericht erst eine Art Zwischenbilanz, aber mehr als nur die Erfüllung einer Satzungspflicht: Viele Aktivitäten und Anstrengungen sind erst eingeleitet, angelegt und vorgeplant, insbesondere auch die seit Jahren laufenden Vorbereitungen für neue, wirksame Wahlkampfformen. Auswirkungen und Erfolge werden nur nach Abschluß der Anstrengungen darstellbar werden.

Ein typisches Beispiel dafür ist die oben gedruckte Studie zur Arbeit der Ortsvereine "Die SPD von innen". Über deren Wirksamkeit und positive Folgen läßt sich endgültig Rechenschaft ablegen, wenn aus diesem Buch konkrete Maßnahmen für die Parteiarbeit erwachsen sind. Andere Vorhaben sind ähnlich mittel- bzw. langfristig strategisch angelegt. So sollen die neu belebten Anstrengungen zum "Bündnis der Vernunft"

ausgebaut und zu einer Hauptinitiative im Vorfeld der Landtagswahl 1985 werden, sollen viele andere Aktionen, wie die Schaffung dezentraler Ausstellungen, regelmäßige NRW-Tage, Zielgruppenaktionen und typische Publikationen etc., zu einem kontinuierlichen und konstanten Bild des Wirkens der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten beim Bürger führen. Nicht Einzelmaßnahmen, wie gut auch immer sie sein mögen, sondern nur langfristige, beharrliche Anstrengungen prägen die Haltung des Bürgers zur Partei.

Eine solche langfristige Anstrengung ist das Thema "NRW - Land der Arbeit, SPD - Partei der Arbeit", das durch eine Ausstellungsmappe und viele dezentrale Aktivitäten ins ganze Land getragen werden wird. Hier geht es um die Verknüpfung des erwachenden Bewußtseins der NRW-Bürger für ihre "Nahwelt" mit Inhalten und Erfahrungen sozialdemokratischer Politik. Das bietet Chancen zur Stärkung des Selbstverständnisses von nordrhein-westfälischen Bürgern und Sozialdemokraten: Denn dieses junge Bundesland hat keine regional-traditionelle, fast folkloristische Identität. Es ist vielmehr geprägt durch frühe Industrialisierung und durch Arbeit. Die Aktionen zu diesem Thema beginnen mit einer umfangreichen Mappe mit Materialien über das Land NRW und die Partei SPD mit ihren Wurzeln in der Geschichte. Es wird Ausstellungen, Buchveröffentlichungen und andere Informationsangebote im ganzen Land geben. Schließlich soll es zu einer überregionalen Ausstellung zum "Arbeiterleben in Nordrhein-Westfalen" kommen, deren Eröffnung in der Zeche Zollern II an der Stadtgrenze Dortmund/Bochum vorgesehen ist.

Weitere konkret angelegte Maßnahmen, um das Bild der NRW-SPD in der Meinungsbildung der Bürger zu prägen, sind die vielen neuen Elemente (internationale Beteiligung) beim zweiten NRW-Tag und die verstärkte Produktion von Arbeits- und Sachbroschüren zu politisch relevanten Themen. Traditionen der "politischen Kultur" unserer Gesinnungsgemeinschaft sollen durch massive Anstrengungen belebt und durch zeitgemäße Formen politischer Kultur ergänzt werden. (Siehe dazu auch im Juli-Heft der "Neuen Gesellschaft" meine "Vorschläge zur Belebung der politischen Kulturarbeit".) Die SPD muß sich im Bewußtsein der Menschen in diesem Land einen festen Platz als ihre Partei erhalten und erarbeiten.

Diese Aktions- und Planungsvielfalt zeigt ihre wirkliche politische Wirkung

erst in der Kontinuität der Aktivitäten und Anstrengungen; es wäre nur auf den ersten Blick verlockend, auf Effekthascherei zu schießen. Der Ernstfall sind die anstehenden Wahlen, und hier besonders die zum Landtag 1985, nach der Bilanz gezogen werden muß. Und die dann in einer ausführlichen Parteitage-Debatte bestehen sollte, weil dieses Datum mehr verlangt als nur die Vorlage eines schriftlichen Geschäftsberichtes.

Die Wahlen in den Jahren '84 und '85 erfolgreich zu bestehen, auch durch ständige Arbeit zwischen den Wahlen für Partei und Öffentlichkeit, ist Hauptaufgabe des Landesverbandes. Das bedeutet, daß sowohl die Qualifizierung der organisatorischen Arbeit verfolgt wird, und es verlangt auch, daß sich abzeichnende und ergebende Themen öffentlichkeitswirksam und politisch wirksam aufgearbeitet und umgesetzt werden. Politische Wirksamkeit ist nur erreichbar, wenn alle Ebenen der Partei einbezogen sind und aufgrund übereinstimmender Ziele mitarbeiten. Dem Planen und Vorbereiten muß auch das Umsetzen in der Öffentlichkeit folgen; das ist mehr als "Öffentlichkeitsarbeit", es ist Praxis der Parteiarbeit aller Ebenen. Das gilt besonders für Wahlkämpfe, denn diese sind das Paradefeld für Planung und Vorbereitung und deren politische Umsetzung.

Um diesen Zielen gerecht zu werden, muß der Parteiapparat effektiv arbeiten. Dabei geht es darum, sicherzustellen, daß die Politik der gewählten Mandatsträger, ehrenamtlichen Funktionären und beauftragten Politiker umgesetzt wird. Darüber hinaus lautet der Auftrag aber auch, professionelle, kollegiale Zusammenarbeit zu leisten. Diese kann darin bestehen, Politikberatung zu organisieren, Koordination und Formen politischer Kommunikation zu finden und Aktionen zu initiieren, mit denen die politische Absicht ausgedrückt werden kann. Oft muß das Landesbüro im Team mit anderen Parteigliederungen Sachverstand mobilisieren, zusammenfassen, auch Fachleute von außen hinzuziehen. Dabei gilt es durchaus, eigene politische Verantwortung zu tragen für Aktionen und Planungen.

Der Parteiapparat ist stets Werkzeug in der Hand von Mitgliedern und Partei. Er lebt vom Vertrauen und darf sich niemals in parteiliche Positionskämpfe begeben. Er muß, wo immer es geht, um Konfliktminimierung, Moderation und Ausgleich bemüht sein. Noch immer tun sich Teile der SPD, und dies mag in leidvollen Erfahrungen früherer Jahrzehnte begründet liegen, schwer in ihrem Verhält-

nis zum "eigenen Apparat". Dabei darf der auch heute ebensowenig eigenständig Politik machen, wie er nicht dazu verkommen darf, in einer verwaltenden Parteibürokratie zu erstarren.

Der Landesvorstand mit Johannes Rau und seinen Stellvertretern Antje Huber und Christoph Zöpel an der Spitze haben diesen Apparat sehr wirksam eingesetzt. Nachdem sich der Gremienwildwuchs, bedingt noch durch Rainer Maedges Vorarbeit, gelichtet hat, und obwohl erhebliche finanzielle Einsparungen bei Beibehaltung und Ausweitung der Aufgaben durchgesetzt wurden: Die Wirksamkeit des Landesbüros wurde im freundschaftlichen Zusammenwirken mit den vier Bezirken sicher wesentlich ausgeweitet.

Jedoch ist abzusehen, daß dem Landesbüro erhebliche Schwierigkeiten drohen, wenn es nicht gelingt, auf der finanziellen Einnahmeseite eine Steigerung herbeizuführen (siehe auch den Organisationsbericht der Kontrollkommission). Dabei erhält die Schlagkraft des Apparates eine wesentlich stärkere Bedeutung als in den letzten 13 Jahren zuvor, weil nun statt der Regierung in Bonn die Partei politische Aktionen umsetzen muß. Die Partei muß durch eigenes Handeln, durch eigene praktische Taten



glaubwürdig nachweisen, daß sie eine handlungsfähige Organisation ist, nicht nur ein Planungs- und Debattierzirkel, der Forderungen an andere beschließt. Ein Beispiel dieser Organisationspolitik ist die Forderung vom "Aufbau von unten". Das bedeutet auch, daß die Partei ein festes Fundament durch konkrete parteiliche Aktionen, die aus der Kraft und Kompetenz des großen Reservats der Mitglieder wachsen, braucht.

Die Ortsvereinsstudie zeigt dazu: Mit Programmarbeit und mit parlamentarischem Wirken allein können wir nicht alle Aufgaben erfüllen, deren Lösungen

die Bürger von uns erwarten. Die Medien sind wenig hilfreich bei der Darstellung und Vorstellung unseres Zukunftsentwurfes, unserer Konzepte. Wir müssen wieder mehr unmittelbar beim Wähler für unsere politischen Ansichten werben. Da die Sozialdemokratie nicht "vom großen Geld gespeist" wird und sich daher nicht über große Werbe- und Informationskampagnen direkt an die Bürger wenden kann, können wir nur auf das Wirken der sozialdemokratischen Basis, auf die vielen engagierten, Überzeugten und informierten Mitglieder setzen. Die innerparteiliche Überzeugungs- und Informationsarbeit, die Anregung für parteiliche Aktivitäten und entsprechende Materialbereitstellung ist also noch viel stärker als in der Vergangenheit wichtiger Arbeitsschwerpunkt.

Das Landesbüro hat in Absprache und Abstimmung mit den vier Bezirksgeschäftsführern Franz Huppertz, Gerd Kompe, Karl-Heinz Otten und Helmut Wulfmeier sowie den 54 Unterbezirksgeschäftsführern hier zweifellos schon eine Reihe als Serviceleistung wirksamer Maßnahmen einleiten können. Überhaupt erwächst nur aus der kollegialen, solidarischen Kooperation mit den Bezirken und Unterbezirken die wirksame politische Arbeitsmöglichkeit des Landesverbandes. Mit der SGK soll gerade wegen der großen Bedeutung der anstehenden Kommunalwahlen die Zusammenarbeit noch verbessert werden.

Vielen außenstehenden Fachleuten, auch Wissenschaftlern von nordrhein-westfälischen Hochschulen, ist für Rat, Hilfe und Unterstützung zu danken.

Politische Kraft erwächst aus der organisierten Verbindung von Geist, Programm, Idealen, Überzeugungen und umsetzenden Instrumenten, durchsetzenden Strategien und beharrlicher Arbeit. Ohne schlagkräftige Organisation bleibt parteiliche Programmarbeit wirkungslos. Neben der Programmdiskussion brauchen wir daher organisationspolitische Anstrengungen auf allen Ebenen.

Mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Parteitagverlauf

9. Bericht der Kontrollkommission Hans Kalkbrenner



Hans Kalkbrenner verwies auf den schriftlich vorliegenden Bericht, der vom verstorbenen Karl Mirus zum Landesparteitag verfaßt worden war.

Er bat, Landesvorstand und Geschäftsführung in uneingeschränkter Form zu entlasten.

Der Landesparteitag votierte einstimmig für die Entlastung.

Bericht des Vorsitzenden der Landeskontrollkommission

§ 6 der Satzung des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und § 12 bestimmen die Einrichtung einer Kontrollkommission und beschreiben deren Aufgaben.

Zu Mitgliedern der Landeskontrollkommission wählte der Landesparteitag am 27. Juni 1981 in Köln folgende Genossen:

Karl Mirus,
Bezirk Westliches Westfalen

Rainer Verhoeven,
Bezirk Westliches Westfalen

Max Archimowitz,
Bezirk Niederrhein

Hans Kalkbrenner,
Bezirk Mittelrhein

Wilfried Mittelberg,
Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Die auf dem 6. ordentlichen Landesparteitag am 27.06.1981 in Köln gewählte Landeskontrollkommission konstituierte sich in der zum 03.07.81 einberufenen Sitzung.

Zu ihrem Vorsitzenden wählte sie wiederum Karl Mirus, als Stellvertreter Hans Kalkbrenner.

Im Berichtszeitraum fanden acht Sitzungen statt, auf denen die Finanzabwicklung des Landesverbandes geprüft wurde.

Die Verwendung der Mittel des Landesverbandes teilt sich in drei große Ausgabenblöcke:

1. die laufenden Ausgaben des Landesverbandes
2. die Zuweisungen an die Bezirke
3. die Wahlkampfausgaben.

Nach diesen drei Kriterien ist die mittelfristige Finanzplanung für 1980 bis 1985 vom Landesvorstand beschlossen worden, und wir von der Kontrollkommission achten wiederum auch auf die Einhaltung dieser Planung.

Im abgelaufenen Berichtszeitraum lagen zwei Jahresabschlüsse vor, die termingerecht, übersichtlich und einwandfrei vorgelegt wurden.

Die Buchhaltung des Landesverbandes ist im Berichtszeitraum in ihrer Form geän-

dert worden. Ein Steuerberater ist uns jetzt behilflich, und eine externe EDV-Anlage wickelt die technischen Arbeiten ab. Dadurch ist es möglich geworden, daß die Finanzreferentin Monika Müller nun auch die Finanzen der Jungsozialisten übernehmen konnte.

Der vom Landesvorstand beschlossene Haushaltsplan 1982 ist trotz einer globalen Mittelkürzung, die zunächst niemand für durchsetzbar hielt, unter der Verantwortung von Landesgeschäftsführer Bodo Hombach und in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Finanzkommission des Landesvorstandes, Fritz Ziegler, eingehalten worden. Dabei gab es erhebliche Abweichungen innerhalb der Ansätze für die einzelnen Ausgabenblöcke, die sehr bemerkenswert sind: Alle technischen Kosten - Büro- und Personalkosten etc. - blieben durch rigorose Einsparungen und durch die Nichtbesetzung von Stellen erheblich unter den Ansätzen (so wurden z.B. für Delegationsreisen nur 20 % der veranschlagten Kosten ausgegeben), während alle politisch wirksamen Kosten - für Publikationen, Informationen, Veranstaltungen, NRW-Tag - über den Ansätzen lagen. Dies ist politisch erfreulich, und daran ist auch nichts auszusetzen, weil der Gesamtrahmen eingehalten wurde.

Im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung muß aber dennoch gesagt werden, daß die Rücklagen für den Landtagswahlkampf 1985 nur minimal sind. Zu erwarten ist, daß 1985 nur 20 % der 1980 verfügbaren Mittel bereitstehen, wenn sich auf der Einnahmeseite keine Verbesserungen ergeben. Schon jetzt scheint es sinnvoll, in Absprache mit den Bezirken die Weiterleitung der Wahlkampfkostenerstattung an diese von konkreten Wahlkampfleistungen abhängig zu machen.

Die Wahlkampfmittel für 1985 waren bei Beschlußlage dem Landesvorstand bei einer mittelfristigen Finanzplanung bekannt. Dieses "geplante Defizit" muß aus unserer Sicht allerdings vom nächsten Landesvorstand erneut beraten werden. Wir sehen nicht, wie die anfallenden Wahlkampfkosten ohne eine Verbesserung auf der Einnahmeseite aufgebracht werden sollen. Dabei ist es notwendig, daß der Landesvorstand die in einem gemeinsam von Fritz Ziegler und Bodo Hombach vorgelegten Finanzplan gemachten Vorschläge zu Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen prüft. Mit Fritz Halstenberg hat Bodo Hombach bereits vernünftige und im gegenseitigen Interesse liegende Formen des Interessenausgleiches gefunden.

Die jetzige Finanzlage des Landesverbandes läßt aber deutlich erkennen und macht es unvorstellbar, daß dieser im Kommunalwahlkampf 1984 kostenrelevante Maßnahmen finanzieren kann.

Im Berichtszeitraum legte die Finanzreferentin Monika Müller bei unseren Prüfungen im Landesbüro stets alle Unterlagen umfassend, ordentlich und korrekt vor, wofür wir ihr danken möchten. Unser Dank gilt auch Bodo Hombach, der sparsam und dennoch für die Mitarbeiter motivierend die Geschäfte des Landesverbandes führt. Für die erfreulich partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Kontrollkommission, die er stets auch über die politischen Hintergründe und Probleme der Arbeit informierte, möchten wir ihm danken.

Mein Dank gilt dazu meinen Mitstreitern in der Kontrollkommission, Max Archimowitz, Hans Kalkbrenner, Wilfried Mittelberg und Rainer Verhoeven.

Ich habe durch meinen Bericht zum Ausdruck gebracht, daß mein nun folgender Antrag gut begründet ist, mit dem ich bitte, Landesvorstand und Geschäftsführung zu entlasten.

Ich bitte um die Annahme meines Antrages im Namen meiner Kollegen der Kontrollkommission.

10. Aussprache

zu den Tages-
ordnungspunkten

a) Grundsatzreferat (TOP 6)

b) Tagesordnungspunkte

7., 8. und 9.

Zum Grundsatzreferat sprachen

Hans Otto Bäumer
Reimut Jochimsen
Günter Schlatter
Hans Urbaniak
Friedhelm Farthmann
Jürgen Büsow
Franz Josef Antwerpes

Hans Otto Bäumer

Genossinnen und Genossen,

niemand darf mir unterstellen, daß ich auch nur mittelbar Grünen, Neokonservativen oder anderen konkurrierenden Gruppierungen gestatte, mich für sich in Anspruch zu nehmen.

Meinen Rücktritt und meine Erklärung

bitte ich als Versuch zu werten, sozusagen in letzter Minute auf ein Handlungsdefizit aufmerksam zu machen, an dem wir alle, die ganze Gesellschaft, der Staat, nicht wiedergutzumachenden Schaden nehmen können.

Die SPD muß sich klar werden, daß Glaubwürdigkeit ein knappes Gut ist, und die Landespartei sollte ihre verantwortungsvolle Position als letzte Instanz politischer Entscheidungen wahrnehmen und dabei den Grundsatz nicht aus dem Auge verlieren, daß Zuwendung wichtig, aber letztendlich Führung durch nichts ersetzbar ist.

Am 13. Juni fand die erste Sitzung des Umweltkabinetts statt. Es sollte für mich zugleich die letzte sein. In der GRÜNEN HÖLLE, so nennt man unter uns einen Konferenzraum in der Staatskanzlei, wurde mir bei der Erörterung eines scheinbar nebensächlichen Themas klar, daß es im Kabinett unterschiedliche Vorstellungen über Umweltschutz gibt und der so hohe eigenständige Rang einer umfassenden Umweltpolitik so ohne weiteres kaum erreichbar scheint.

So kann ich bis heute noch nicht verstehen, warum ein auch von Gewerkschaftsvertretern beeinflusster Arbeitskreis mit Volker Hauff, der dem Parteivorstand zuarbeitet und dessen Ergebnisse vom Parteivorstand abgesegnet werden, von einem Kabinettsbeschuß, den immerhin der stellvertretende Parteivorsitzende als Ministerpräsident leitet, völlig ignoriert werden darf. Hier zeigt sich für mich, was schon bei der Frage nach einer neuen Ressortzuteilung deutlich wurde: Das SPD-Land Nordrhein-Westfalen setzt sich von den Vorschlägen der Bundes-SPD ab, ohne Rücksicht darauf, wie man glaubwürdig bleiben kann, wenn man in Bonn dies sagt und in Düsseldorf jenes tut.

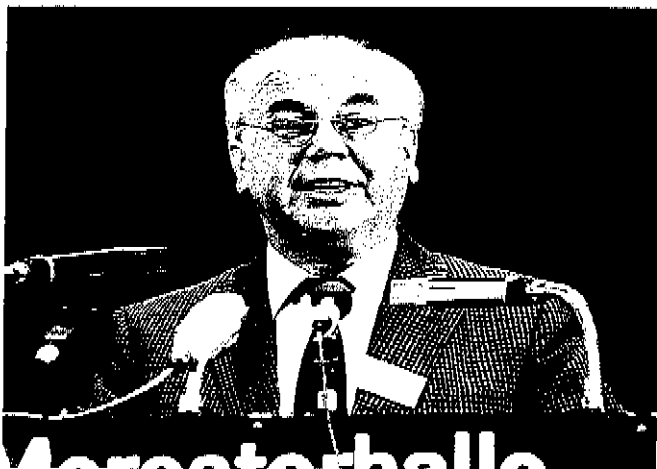
Sechs Wochen vorher verhalf mir der reine Zufall dazu, Kabinettsmitglied zu bleiben; denn meine Kollegen hatten in Abwesenheit des Ministerpräsidenten allesamt - ausnahmslos - die fünf Punkte meiner Mindestvorstellungen von einer brauchbaren Großfeuerungsanlagen-Verordnung der Reihe nach vom Kabinetttisch gefegt. Dadurch hätten wir uns, wie ich meine, von einer ernstzunehmenden Umweltpolitik verabschiedet und so beschlossen, wie jene Revierzeitung es in

einem Kommentar am 20. Juni 1983 geradezu makaber beschrieb: "Das Revier und der Wald lassen sich nicht gleichzeitig retten."

Wir bekamen durch Johannes Rau noch einen tragbaren Kompromiß zustande, der allerdings einige Nasen noch lange strapazieren wird. Diese mit Ach und Krach vertretbare Zufallsentscheidung des Kabinetts ist dann auch noch öffentlich miesgemacht worden, und zwar nicht etwa, weil sie immer noch zu lasch geraten sei, sondern umgekehrt hieß es: Wer so harte Auflagen mache, der treibe den Teufel mit Belzeubub aus, denn er rede der Kernenergie das Wort. Auch von Kabinettskollegen mit Johannes Rau an der Spitze, auch in einer Fraktionsverlautbarung wurde so argumentiert.

Eine Stellungnahme der Hauff-Kommission stellte kurz danach richtig, daß derjenige, der so rede, der Öffentlichkeit Sand in die Augen streue.

Bei der technischen Anleitung Luft wurde Anfang des Jahres ein krummes Ding gedreht. Angebliche Verbesserungen wurden gefeiert. In Wahrheit aber sind die Berechnungsmethoden durch ein paar Federstriche so geändert worden, daß die Verschärfung vieler Grenzwerte ins Gegenteil verkehrt wurde. Obwohl die Staatssekretäre für die schärferen Eckwerte der alten Bundesregierung waren, hielt es unser Kabinett für besser, den trückerischen Zimmermanns-Pfad zu beschreiten.



Statt anderer Beispiele, liebe Freunde, möchte ich noch dreierlei zu bedenken geben.

1. Die Haushaltsansätze für Naturschutz und Landschaftspflege, vor zehn Jahren bei etwas über 8 Mio. DM, 1981 bei über 36. Mio. DM angelangt, sacken in diesem Jahr auf 14 Mio. DM ab. Nach den vorbereitenden Referatengesprächen muß ich

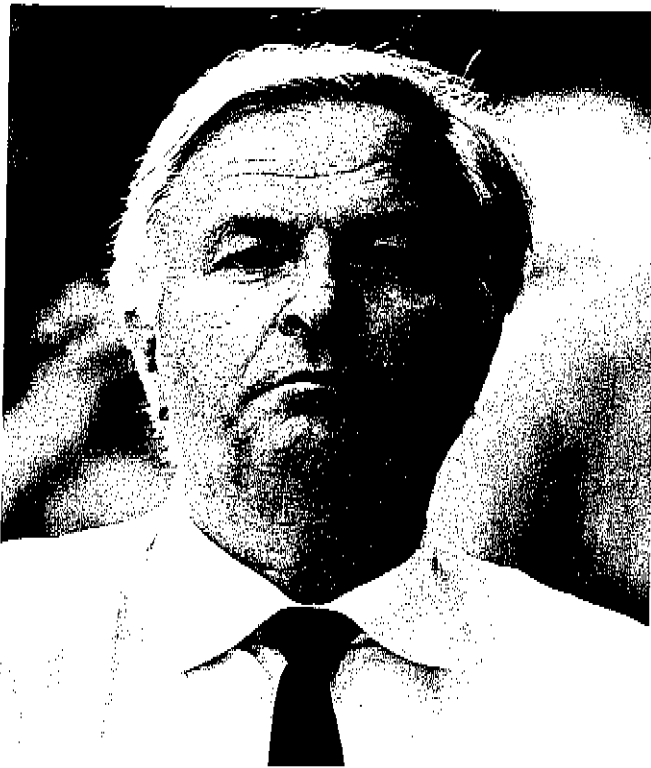
damit rechnen, daß das MELF, das ich verlassen habe, im nächsten Jahr noch weniger zugestanden bekommt.

2. Landschaftspläne, das Stichwort, das hier in der Leistungsbilanz von Johannes Rau kurz angesprochen wurde, ist auf dem Papier in der Tat fabelhaft und einmalig, bundesweit geradezu unaufholbar - aber wie sieht es in der Praxis aus? Statt über 400 notwendigen Landschaftsplänen für das Land Nordrhein-Westfalen, das so hart geplagt und gebeutelt ist durch die Industrie, haben wir ganze zwölf Landschaftspläne in acht Jahren auf die Beine gebracht. Da kann ich nur sagen: Überlegt mal, wer in den Rathäusern für uns arbeitet und ob dort immer das notwendige Feingefühl vorhanden ist.

Eine dritte Bemerkung. Im Aufgabenbereich der Abfallbeseitigung, der Altlasten, der Abwasserreinigung und zum Beispiel der Bodenbelastung verlassen wir allmählich die Regionen kalkulierbarer Risiken und bewegen uns hinein in die Bereiche unüberschaubarer Gefährdungen.

Das Zaubermittel, wie man dem begegnen kann, ist ganz einfach: Etwas mehr Personal - keine Hunderte, keine Tausende, - eine Handvoll, dann könnten wir - von einzelnen Lebensmittelchemikern bis zu einigen Deponiekontrolleuren - wieder ruhiger schlafen.

Laßt mich noch eine Frage stellen statt vieler gut gemeinter weiterer Bemerkungen: Wenn wir das Bündnis der Vernunft nicht einmal am Kabinetttisch zustandebringen, wie sollen dann Malocher und Waldläufer im Lande zusammenfinden?



Liebe Genossinnen und Genossen,

dieses Land Nordrhein-Westfalen hat einen harten und unausweichlichen Strukturwandel hinter sich. Kohle und Stahl sind als Standbeine wackelig geworden. Aber deswegen ist dieses Land und speziell das Revier kein sterbender Riese.

Mit über 30 Mio. t Stahl und über 80 Mio. t verkaufter und auf Dauer verkaufbarer Kohle sind Kohle und Stahl feste Grundlagen der nordrhein-westfälischen Industrie. Alles Gerede, man könne hier mit politischen, populitischen Experimenten herumbasteln, sollte aufhören. Der Strukturwandel bei Kohle und Stahl geht weiter, aber wir dürfen nicht zulassen, daß Kohle und Stahl dabei auf die schiefe Ebene kommen.

Ich habe am Mittwoch im Landtag gesagt: Kohleanwendung in Nordrhein-Westfalen muß umweltfreundlich sein oder es wird in zehn Jahren keine Kohleanwendung mehr geben. Wir müssen und wir können den Nachweis führen, daß dieses Ziel erreichbar ist. Das umweltfreundlichste Kraftwerk der Welt darf eben nicht in Japan stehen, wo es gar keine Kohle gibt, sondern es muß hier im Revier stehen, wo eigentlich sonst?

Dazu müssen wir das Kartell der Ingenieure brechen, die immer nur so viel für technisch möglich halten, wie sie technisch und betriebswirtschaftlich zulassen wollen. Deshalb muß das Kraftwerk der Zukunft nach Herne.

Genossinnen und Genossen,

die Aufteilung der Welt in einen dreiköpfig-kapitalistischen und einen sauber-ökologischen Teil dürfen wir nicht zulassen. Ich jedenfalls mache das nicht mit. Ich habe mit dafür gesorgt, daß in der Regierungserklärung von Johannes Rau am 4. Juni 1980 formuliert wurde: "Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, eine leistungsfähige Wirtschaft, humanen technischen Fortschritt und die Sicherung der ökologischen Grundlagen miteinander zu vereinbaren."

Das ist eine Aufgabe der Volkswirtschaftspolitik mit all ihren Facetten. Bitte laßt Euch nicht auseinandertreiben in die beiden Ecken Ökologie und Ökonomie. In diesen beiden Begriffen ist nur ein konstruierter Gegensatz, und wer auf diesen angeblichen Gegensatz einmal hereingefallen ist, der kommt nie wieder heraus.

Wir müssen allerdings die Spannung zwischen den verschiedenen Anforderungen der Sicherung der Arbeitsplätze und der Durchsetzung des Umweltschutzes aushalten. Wer das nicht aushält - und die Spannung wird ja eher noch zunehmen -, der wird scheitern, so wie wir das ja gerade in den letzten Tagen erlebt haben.

Laßt mich noch ein weiteres sagen und nochmals wiederholen: Kohle und Stahl dürfen nicht auf die schiefe Ebene kommen. Deshalb hat der Landtag auf unseren Vorschlag hin sein Festhalten an der Kohle-Vorrang-Politik bekräftigt und dabei die umweltsichernde Seite betont. Und deshalb, Genossinnen und Genossen, werde ich auch beim Stahl hart bleiben und, solange die Partei mich stützt, den Kurs halten; denn diese Beharrlichkeit ist gerade auch in der Stahlpolitik heute nötiger denn je.

Aus ganz aktuellem Anlaß sage ich hier: Unsere Stahlunternehmen in Nordrhein-Westfalen dürfen nicht der Steinbruch für andere Unternehmen in der Bundesrepublik oder in Europa werden.

Im Klartext: Es droht, daß Klöckner das mittelständische Unternehmen Wuppermann kauft, um seine Stahlproduktion in Leverkusen zu vernichten, und seine Vorproduktion, die bei Krupp in Rheinhausen stattfindet, stillzulegen und nach außerhalb des Landes zu verlagern. Wir lehnen einen solchen Quotenramsch auf dem Rücken der Stahlstandorte und der Stahlarbeitsplätze ab! Die Landesregierung wird alles tun, um sich diesem Vorgang zu widersetzen.

Ein letztes Wort, Genossinnen und Genossen, wir dürfen uns in Nordrhein-Westfalen bei allen Struktur- und bei allen Umweltproblemen, die wir haben, nicht in eine Entschädigungsmentalität hineintreiben lassen. Unsere Probleme werden nicht durch das Geld von anderen gelöst, so notwendig dieses Geld ist, sondern nur durch eigene Anstrengungen auf der Grundlage einer nüchternen Bestandsaufnahme und eines klaren Handlungskatalogs, für den dieses Kabinett Johannes Rau steht.

Günter Schlatter



Liebe Genossinnen und Genossen,

läßt mich zu Beginn meines Diskussionsbeitrages feststellen: Lieber Hans Otto Bäumler, wir wissen, wie Du Dich in den letzten Jahren erfolgreich geplagt hast, das Bewußtsein der vielen Menschen hier an Rhein und Ruhr für die Probleme des Umweltschutzes zu schärfen, und daß Du für die Sozialdemokraten dabei einen wichtigen Beitrag geleistet hast, daß das Umweltbewußtsein sich auch umsetzen läßt in ein Stück konkrete Umweltpolitik. Weil wir das wissen, hören wir auch sehr aufmerksam zu, wenn Du uns heute zu den Fragen der Umweltschutzpolitik in Düsseldorf mit Eindringlichkeit mahnst, nicht nachzulassen.

Aber wir sind dann auch dankbar, wenn wir uns wechselseitig darauf verständigen, daß diese Mahnungen aus der Gesinnung der Solidarität, die wir Sozialde-

mokraten füreinander empfinden, herausformuliert werden muß und daß aus dieser Solidarität heraus auch gemeinsame Lösungen zu entwickeln sind.

Da will ich bei einem Stichwort bleiben. Du hast vorhin den Eindruck in Deinem Diskussionsbeitrag erweckt, als würden wir Sozialdemokraten hier in Nordrhein-Westfalen hinter dem, was die SPD in Bonn zur Umweltpolitik diskutiert und beschlossen hat, hinterherlaufen. Ich glaube, das stimmt so nicht. Im Gegenteil: Es waren Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen, Du und andere, die die entscheidenden Denkansätze und Vorschläge in die Beschlüsse der Gesamtpartei hineingebracht haben. Das heißt: Wir haben uns hier nicht zu schämen, daß wir der Diskussion hinterherlaufen, sondern wir wissen, daß wir in Nordrhein-Westfalen als Sozialdemokraten die Diskussion um den Umweltschutz aufgenommen und an die Spitze gebracht haben.

Das hat gute Gründe, und Reimut Jochimsen hat einen dieser Gründe genannt. Es ist in der Tat so, daß wir für das, was für unser Land unverzichtbar ist, z.B. die Kohle-Vorrang-Politik, immer wieder auf dem Wege der Zustimmung und des Durchdenkens den flankierenden Umweltschutz brauchen. Es ist so, daß wir als die, die auf eine Kohle-Vorrang-Politik nicht verzichten wollen, auch an der Spitze der Diskussion stehen müssen, wenn es darum geht, die Rauchgasentschwefelung anzupacken.

Daß Du bemängelst - und hier stehen sicherlich viele an Deiner Seite -, daß dies entschiedener und schneller gehen müsse, verstehe ich. Aber ich verstehe nicht, daß Du nicht gleichzeitig in Deiner Kritik deutlich machst, wo die eigentlichen Hemmschwellen sind. Nämlich daß dies ja wohl auch Geld kostet und daß Späth und Zimmermann sagen, das soll sich über den Preis regulieren, was verhängnisvolle Folgen für die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hätte, wenn wir dem nachgeben würden. Und Du sagst nicht, daß deshalb der Vorschlag richtig ist, den Johannes Rau gemacht hat: Daß es eines Waldpfennigs bedarf und nicht einer Politik in dieser Republik, die so aussieht, daß wir hier den Dreck und die Maloche haben und die die saubere Industrie in den Süden abwandert, während wir tatenlos zusehen.

Aber ich nehme ein Wort gern auf. Auch ich sage: Wir brauchen Druck, und zwar dann, wenn es darum geht, Umweltschutzpolitik auch zu bezahlen, und hier vor

allem Druck auf die, die nur die Profiteure sein wollen, aber uns ansonsten keine Hilfestellung geben. Und zweitens brauchen wir Druck auf Strauß und Späth, wenn es darum geht, auch etwas für bleifreies Benzin zu tun; denn dieses Thema wird doch häufig ausgeklammert. Wir Sozialdemokraten sagen aber, daß dies mindestens so wichtig ist zur Bekämpfung des Waldsterbens wie die Rauchgasentschwefelung.

Das heißt also: Druck in die richtige Richtung. Nehmen wir die Bundesländer und die CDU/CSU-geführten Länder ins Visier und lassen die Hilfe und Unterstützung für unsere Landesregierung, wenn sie sich bemüht, in der Diskussion mit der Bundesregierung und den anderen Landesregierungen eine Lösung zu bewirken.

Hilfe und Unterstützung! In dieser Reihenfolge, lieber Hans Otto, folge ich Dir, und viele Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen tun das auch.

Vielen Dank.

Hans Urbaniak



Genossinnen und Genossen,

Johannes Rau hat von den beiden bedeutenden Branchen in unserem Land, Kohle und Stahl, gesprochen. Er hat darauf verwiesen, daß nun die Bundesregierung - und das ist ja wohl ihre Bringschuld und ihre politische Verantwortung - Konzepte, Pläne und Klarheiten auf den

Tisch bringen müsse. Nicht nur wir warten seit Wochen und Monaten, auch die Belegschaften auf den Schachtanlagen, in den Stahlwerken und in den Fabriken warten mit einem hohen Grad an Disziplin, endlich zu erfahren, wohin die Reise geht. Und jeden Tag vergrößert sich die Enttäuschung darüber, daß Herr Lambsdorff die Vorstellungen der eigenen Regierung nicht vorträgt, verbreitet sich eine gewisse Hoffnungslosigkeit. Darunter leidet die Demokratie. Sie nimmt Schaden.

Ich bedaure es außerordentlich, daß die Bundesregierung die Hand, die wir ihr bei der Lösung dieser Frage entgegengereicht haben, zurückgeschlagen hat. Solidarität der Demokraten ist wohl nicht mehr von ihr ins Auge gefaßt.

Ich sage das als einer, der selber die Stilllegung einer Schachtanlage als Betriebsratsvorsitzender erlebt hat, als die Menschen vor einem standen und fragten, wie soll es jetzt weitergehen, und als die Sozialdemokraten es dann geschafft haben, die Interessen dieser Menschen aufzunehmen, und der als junger Mensch miterlebt hat, daß die Alliierten die Schwerindustrie in unserem Lande demontieren wollten, und die Belegschaften und die Gewerkschaften dieses verhindert haben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, und ich sage dies mit Bitterkeit, daß Lambsdorff jetzt fertigbringt, was man den Alliierten im solidarischen Kampf der Arbeitnehmer verweigert hat. Das ist eine schlimme Perspektive, wenn man als Abgeordneter keine Hoffnung sieht, daß die Bonner Regierung auch nur Ansätze für Lösungsmöglichkeiten vorschlägt.

Umso größer schätze ich die Disziplin und die Solidarität der Gewerkschaften in unserem Lande ein. Die Bundesregierung hat es fertiggebracht, die Unternehmen gegeneinanderzuhetzen, die Betriebsräte gegeneinanderzuhetzen, die IG Metall auf das Unerhörteste zu belasten. Wir dürfen uns die Solidarität im Kampf um die Erhaltung von Stahl und Kohle nicht zerstören lassen!

Darum sage ich Reimut Jochimsen und Johannes Rau Dankeschön für das, was von dieser Landesregierung geleistet werden konnte. Und wir sagen auch Dankeschön an die Bundestagsfraktion, die die Ideen der Landesregierung aufgegriffen hat, weil wir wissen, daß 1983 ein Schicksalsjahr wird, wenn wir weiter abräumen und demontieren. Ersatzarbeits-

plätze gibt es nicht, nicht in Dortmund, nicht in Duisburg, auch nicht in Bochum; wir können da noch andere Städte aufzählen. Damit werden sozialdemokratische Strukturen für die Zukunft zerschlagen. Einer der die Verantwortung auch hat, um die Erhaltung der Arbeitsplätze und für ein Mehr an Arbeitsplätzen zu sorgen, steht lächelnd dabei in Inaktivität und hilft mit, daß die Armutsschwelle heruntergedrückt wird. Ich meine Herrn Blüm.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, den Schulteranschluß zu finden in der Solidarität des Kampfes um die Stahlstandorte in unserem Lande, um die Sicherung der Schachtanlagen, daß die Bundestagsfraktion und Landesregierung sich eng zusammenschließen. Da hoffe ich, daß jeder einzelne Sozialdemokrat sich über die Bedeutung seiner Funktion im klaren ist. Das, was von einem aus der Landesregierung gerade gemacht worden ist, kann uns bei diesem Kampf solidarisch aufzutreten, nicht helfen.

Friedhelm Farthmann



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich glaube, es gibt keinen Delegierten hier im Saal, der nicht mit großer Sorge diesem Parteitag entgegengesehen hat. Wir alle wissen, wie unendlich nötig wir es haben, daß wir nach Resignation und nach der Enttäuschung vom 6. März als Partei wieder einen Aufbruch erleben. Ich hätte gern hier einen Diskussionsbeitrag dazu geleistet, um mitzuhelfen, daß das, was Johannes Rau als

Ministerpräsident und als Landesvorsitzender zur Überwindung dieser Resignation gesagt hat, breite Unterstützung findet.

Nun ist aber ein Problem da, das uns bitter in diesem Ringen nach einem neuen Aufbruch stört und belastet. Das ist der Rücktritt von Hans Otto Bäumer, und es hat gar keinen Zweck, dies zu leugnen.

Ich will dazu zunächst sagen, daß Hans Ottos Schritt mir menschlich unendlich leid tut. Wir haben trotz aller Konkurrenz viel zusammen bestanden, und ich meine, wir hätten uns auch in der Umweltpolitik gut ergänzt. Trotzdem respektiere ich diese Entscheidung aus menschlichen Gründen. Ich will aber hinzufügen: sachlich verstehen kann ich sie nicht.

Dabei wäre es unredlich, wenn ich nicht sagen würde, daß es natürlich auch sachliche Differenzen in dem einen oder anderen Punkt gibt; Hans Otto hat dazu einiges angedeutet, ich brauche nicht darauf einzugehen. Aber: Wir berufen uns beide wechselseitig auf das Bündnis der Vernunft. Dann muß ich aber auch die Frage stellen: Wer stellt denn das Bündnis fest, wer formuliert denn, was zum Bündnis der Vernunft gehört?

Das kann doch nur durch einen Kompromiß und eine Mehrheitsentscheidung wie in einem Gremium, im Kabinett oder in der Fraktion geschehen, anders doch sicherlich nicht. Und wenn das so ist, dann kann doch nicht gerade dann, wenn man ein Bündnis von offensichtlich entgegengesetzten Interessen zusammenführen will, der Kompromiß als solcher prinzipiell falsch sein und als Begründung gewählt werden, dieses Bündnis aufzukündigen. Deswegen muß ich darum bitten und daran erinnern: Wenn wir überhaupt, in welcher Richtung auch immer - und da wird es sehr wohl möglich sein, Akzentverschiebungen vorzunehmen -, und jemals dieses Bündnis praktizieren wollen, dann wird dies immer nur über einen Kompromiß gehen. Dabei hat dann derjenige, der bei diesem Kompromiß unterliegt, natürlich das Recht und die Freiheit, zu sagen: dies kann ich nicht mehr mittragen. Aber es kann damit nicht eine Anklage gegen die Mehrheit verbunden werden. Es ging mir darum, dies hier nochmals deutlich zu machen.

Dann will ich noch zwei Bemerkungen zur Sache machen. Die erste berührt die Zuständigkeit. Hans Otto, Du hast auf den Bund verwiesen, und das hast Du schon

mehrfach getan. In der Tat gibt es auf Bundesebene das Bestreben, ein Umweltministerium zu errichten. Nur, Genossinnen und Genossen, da muß man hinzufügen: Die Situation auf Bundesebene ist anders als auf Landesebene, weil auf Landesebene exekutivische Behörden dazugehören - die Gewerbeaufsicht und die Landwirtschaftsbehörden.

Daran liegt es doch, daß wir aus praktischen Gründen der Vollziehbarkeit vor Ort als Mehrheit die Ressortteilung für zweckmäßiger gehalten haben. Denn jeder, der auf Landesebene darüber redet, muß wissen, daß er entweder einen Umweltminister schafft ohne die Gewerbeaufsicht, das ist ein armer Mann, denn er hat die einzige Einflußmöglichkeit nicht, die dazu gehört, um den industriellen Umweltschutz zu praktizieren. Oder er muß einen Arbeitsminister strukturieren ohne Gewerbeaufsicht, das heißt ohne Arbeitsschutz.

Das kann doch wohl nicht in sozialdemokratischem Interesse liegen. Es sind also keine Rängeleien und keine persönlichen Interessen oder Prestigefragen, sondern es geht hier um ein nicht lösbares Problem.

Das zweite ist: Alle Meinungsverschiedenheiten, die wir haben und die wir auch in Zukunft noch haben werden, denn es wäre unredlich, dies nicht zu sehen, und auch alle Kritik darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir als Land Nordrhein-Westfalen in der Umweltpolitik dieser Republik seit zehn Jahren Maßstäbe gesetzt haben und weiter setzen werden.



Johannes Rau hat gesagt: Wir haben im Lande Nordrhein-Westfalen schon die Forderung nach Umrüstung der Altanlagen bei den Kraftwerken erhoben und durchzusetzen versucht, als das Problem der Waldschäden den Bürgern überhaupt noch nicht bekannt und nicht bewußt war.

Hier im Lande Nordrhein-Westfalen, daran darf ich doch erinnern, ist das erste Mal in der Bundesrepublik ein Unternehmer durch die Landesregierung aus Umweltschutzgründen vor die Tür seines eigenen Unternehmens gesetzt worden!

Ich bitte sehr herzlich darum, trotz aller Differenzen, die wir haben und die ich ernst nehme, nicht dieses Bild zu verdunkeln, daß wir im Lande Nordrhein-Westfalen in der Umweltpolitik seit langen Jahren führend sind. Ich hätte es sehr gewünscht und ich bin traurig darüber, Hans Otto, daß wir beide das nicht weitermachen können - so wie wir es bisher gemacht haben.

Jürgen Büssow



Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn man weiß, daß durch die Umweltbelastung im Ruhrgebiet - ich darf hier mal aus dem Geo-Atlas zitieren

- Kinder unter einer verspäteten Knochenreife leiden,
- eine verminderte Lernfähigkeit haben,
- zum Beispiel 30 Prozent der nicht-rauchenden Erwachsenen an chronischer Bronchitis leiden in Duisburg, Recklinghausen und in Essen,
- angina pectoris weitaus häufiger ist als in anderen Landesteilen -

und daß wir eine Sterbequote haben im Ruhrgebiet, die über 7 bis 10 Prozent liegt, dann glaube ich, daß man sich in der Tat in der Sache radikalisieren kann. Das möchte ich der vorangegange-

nen Diskussion nur anfügen.

Deshalb ist es auch gut, daß Johannes Rau am 29. April vor dem Bundesrat erklärt hat, daß das Land Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland ein Handlungskonzept für die Umweltpolitik und Beschäftigungspolitik vorlegen wird. Wir warten auf dieses Konzept und hoffen, daß es bald kommt, weil es natürlich nicht ausreicht, so wichtig ich das finde, daß gesagt wird, welche Leistungen wir vollbracht haben, wenn wir nicht gleichzeitig auch die Perspektiven nennen für unser Land, damit die Menschen wissen, wohin wir Sozialdemokraten marschieren.

Ich möchte ein kritisches Wort sagen zum Bündnis der Vernunft. Ich fände es besser, wir machten eine plausible Politik, die von den Menschen verstanden und nachvollzogen wird, wie wir das bei der Ostpolitik mit Willy Brandt hatten. Dann stellte sich das Bündnis auch automatisch ein. Dann kommen die Menschen dazu, und wir brauchen nicht so viel über Bündnisstrategie zu reden, sondern könnten uns der praktischen Politik widmen. Das wäre mir wichtiger. Wir haben übrigens heute Anträge vorliegen, die das auch zum Ausdruck bringen.

Genossinnen und Genossen, laßt mich bitte eine weitere Bemerkung machen. Ich habe das auch in Recklinghausen auf der Klausurtagung schon gesagt. Wir haben in Nordrhein-Westfalen zwei große Pluspunkte: da ist einmal der Ministerpräsident mit der Popularität, die er hat, und da ist eine geschlossene Partei in Nordrhein-Westfalen, anders als in anderen Landesteilen. Wir haben eine Opposition in diesem Land, die ihre Oppositionsrolle ablehnt. Biedenkopf hat sich immer geweigert, Alternativen vorzulegen. Er hat gesagt, daß dies nicht die Rolle der Opposition sei, sie habe nur zu kritisieren.

Das heißt: Die CDU hat keine Lösungsmöglichkeiten für dieses Land, nicht einen einzigen Ansatz. Und das müssen wir deutlich machen in der Bevölkerung. Wir müssen deutlich machen, daß derjenige, der nicht oppositionsfähig ist, auch niemals regierungsfähig werden darf!

Aber das bedeutet auf der anderen Seite, daß wir in den eineinhalb Jahren, die uns noch bleiben, die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten auch eindeutig unter Beweis zu stellen haben, daß wir uns dort, wo wir am 6. März in den Augen der Wähler verloren haben,

nämlich in der Wirtschaftspolitik, die Kompetenz zurückholen, auch mit den bescheidenen Möglichkeiten, die ein Land wie NRW hat.

Weil die Medienpolitik angesprochen worden ist, möchte ich sie hier auch noch kurz erwähnen. Ich gebe Johannes Rau Recht, daß man den in den Anstalten Arbeitenden mit auf den Weg geben muß, daß sie diese Wende nicht mitmachen sollen, die sich in dieser Republik vollzogen hat.

Aber wir sind gleichzeitig in dieser Republik die Verfechter, die sich gegen Programmbeeinflussung von außen - auch von der SPD - ausgedrückt und dies auch bei der Rundfunkgebührendebatte wiederum in einen Zusammenhang gestellt haben. Die CDU hat gemeint, wir würden der Gebührenerhöhung sicherlich zustimmen, wenn nur die Programmleistungen entsprechend wären. Zu einer solchen Haltung sagen wir nein. Aber wir sagen auch nein, wenn ein herausragender Chefredakteur in dieser Anstalt, wie es jetzt durch die Presse gegangen ist, früher in der Waffen-SS gewesen ist und daraus keine Konsequenzen zieht. Ich meine, in einer Anstalt, die sich als Integrationspunkt begreift, dürfen diese Menschen an solch herausgehobenen Stellen nicht arbeiten.

Vielen Dank.

Franz-Josef Antwerpes



Liebe Genossinnen und Genossen,

Friedhelm Farthmann hat hier in dieser Halle einmal eine etwas unerfreuliche Begegnung gehabt, als er gegen Johannes Rau unterlag. Einige Jahre vorher hatte ich das Mißvergnügen mit Hans Otto. Und damit komme ich auch zum Thema.

Hans Otto, daß Du zurückgetreten bist, ist vielen von uns nicht ganz klar. Die Gründe dafür, die Du in der Vergangenheit genannt hast, sind sicherlich aus der Sache her in vielen Fällen im einzelnen nachvollziehbar. Aber denke daran: Wenn Du aus dem Geschäft raus bist, dann sieht es mit dem Umweltschutz und mit unseren Vorstellungen umso prekärer aus. Wer engagiert ist, muß drin bleiben im Boot und nicht aussteigen!

Wir haben Seite an Seite auf mancher Deponie und bei mancher Umweltschutzveranstaltung gestritten. Ich habe natürlich auch in der SPD einige Genossen, die mein Engagement für den Umweltschutz nur mit äußerstem Zähneknirschen nachvollziehen können. Aber in unserer Partei wird wenigstens über den Umweltschutz diskutiert, dagegen sind die CDU und die FDP hier in unserem Lande weggetaucht! Also Hans Otto, mach das nicht noch einmal! Es fehlt einem schließlich fast der Streit mit Friedhelm Farthmann, denn wenn sich die beiden etwa darum streiten, ob nun Schwefeldioxide oder Stickoxide maßgeblich sind für das Waldsterben - und es sind wahrscheinlich beide - so ist diese Diskussion doch auch für unseren Umweltschutz

fruchtbar, und wir sollten diese Auseinandersetzungen ernstnehmen.

Aber ein Punkt, den ich nicht nachvollziehen kann, ist, ein Umweltministerium in Nordrhein-Westfalen zu begründen. Wenn man ein Umweltministerium machen wollte mit all den Kompetenzen, die dorthin gehörten - von der Abfallbeseitigung über den Landschaftsschutz über die Lebensmittelüberwachung - dann müßte man doch auch noch die Landesplanung hinzunehmen.

Das ergäbe einen Superminister, der in ständiger Konkurrenz zum Ministerpräsidenten stünde, so daß die Frage erlaubt ist, ob das überhaupt von der Aufgabenstellung her möglich und wünschenswert wäre. Ein Umweltministerium ist entweder allumfassend oder - wie in Bayern - eine leere Hülse. Deswegen plädiere ich hier dafür, es bei der Aufgabenteilung im wesentlichen zu belassen.

Eine Anmerkung noch. Wir leiden in unserer Partei darunter, daß wir ständig in unsere Programme schreiben: Arbeitsplätze und Umweltschutz sind gleichrangig. So steht das im Landeswahlprogramm von 1980, in der Duisburger Erklärung wird das nicht so direkt erkennbar, wenngleich Johannes Rau vor dem Landtag noch einmal diese Forderung aufgegriffen hat.

Mir geht es darum, daß wir dann, wenn wir vom Bündnis der Malocher mit allen anderen sprechen, klarmachen müssen, daß der Umweltschutz auch Arbeitsplätze schafft. Wenn wir am Ende dieses Jahres ein Handlungskonzept erarbeiten, dann sollten wir uns ein Vorbild an den hessischen Sozialdemokraten nehmen, die gesagt haben: welche Maßnahmen schaffen welche Arbeitsplätze. Der Gegensatz besteht in Wirklichkeit nicht. Wenn wir es schaffen, dieses Programm für die 85er Jahre zu haben, dann war Dein Rücktritt, Hans Otto, letztlich doch auch ein gutes Signal für weiteres zielgerichtetes Schaffen.

Zu den Tagesordnungspunkten 7., 8. und 9. gab es keine Wortmeldungen.

Der Parteitag entsprach dem Antrag der Landeskontrollkommission und entlastete den Landesvorstand und die Geschäftsführung des Landesverbandes.

11. Bericht der Mandatsprüfungs- kommission

Hans Kalkbrenner
erstattete den
Bericht der
Mandatsprüfungs-
kommission.

Der Landesparteitag setzt sich aus 300
Delegierten und 18 stimmberechtigten
Landesvorstandsmitgliedern zusammen.

Anzahl der Delegierten

Ostwestfalen-Lippe	28
Westliches Westfalen	146
Niederrhein	74
Mittelrhein	52

davon anwesend

Ostwestfalen-Lippe	28
Westliches Westfalen	146
Niederrhein	70
Mittelrhein	48

es fehlten

Niederrhein	4
Mittelrhein	4

Von den Anwesenden waren
mit Buch

Ostwestfalen Lippe	24
Westliches Westfalen	135
Niederrhein	57
Mittelrhein	42

ohne Buch

Ostwestfalen Lippe	4
Westliches Westfalen	11
Niederrhein	13
Mittelrhein	6

Gesamtanzahl der Delegierten	300
der Anwesenden	292

der Fehlenden	8
mit Buch	258
ohne Buch	34

Landesvorstand	18
davon anwesend	18
mit Buch	16
ohne Buch	2

Gesamtanzahl mit Landesvorstand der Delegierten	318
der Anwesenden	310
der Fehlenden	8
mit Buch	274
ohne Buch	36

Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission erkannte der Landesparteitag den 36 Genossinnen und Genossen, die ohne Mitgliedsbuch erschienen waren, das Stimmrecht zu.

